

SHORT NEWS

OGBL : Plus un pas en arrière !

« Tout démantèlement social serait une erreur et ne trouvera pas notre assentiment. » C'est un signal de fermeté qu'a émis Jean-Claude Reding lors de la conférence de mardi dernier, suite à une réunion du comité national de l'OGBL. Le président du plus grand syndicat a justifié sa ligne dure face aux revendications patronales en rappelant que la crise a été causée par l'irresponsabilité et la recherche du profit à court terme des actionnaires et non par les travailleurs. Il a ensuite énuméré les sujets tabous de la tripartite : les prestations de l'assurance-maladie, le niveau des retraites et l'indexation des salaires. Reding a aussi avancé des propositions : déplaçonnement des cotisations santé, impôt de solidarité, taxe sur la fortune et réduction « intelligente » du temps de travail. Sans doute afin d'éviter un remake de la tripartite de 2006, où les syndicats avaient été écrasés à huis clos, le président de l'OGBL a suggéré que la Chambre des députés s'implique dans les discussions et se positionne notamment sur le programme de stabilité budgétaire. Enfin il a rappelé que son syndicat pouvait, le cas échéant, quitter la table des négociations sans avoir trouvé un accord... en laissant imaginer les conséquences d'un tel acte.

Cinq continents pour exorciser Heller ?

Cette fois, elle a veillé à ce que les choses se déroulent correctement. Lorsque Lydia Mutsch, maire d'Esch, a présenté ce mardi dernier le projet définitif pour la place de la Résistance, connue aussi sous le nom « Brillplaat », elle a insisté sur le fait que le projet retenu avait remporté un concours public et elle a même publié les noms des membres du jury. L'heureux vainqueur - l'architecte franco-algérien Kamel Louafi - s'est tenu à ses côtés pour expliquer son projet. Et le moins qu'on puisse dire, c'est que ses idées ont vraiment dû plaire à Mutsch, puisqu'elles ne s'écartent pas tant que ça du style kitsch tant critiqué du « projet Heller ». La future place sera plutôt verte, entourée de haies à la coupe dynamique et « embellie » par des sculptures en bronze supposées symboliser les cinq continents. « Des bananes pour l'Afrique », a indiqué Louafi - on n'ose pas imaginer le reste... De plus, l'architecte a prévu des « fenêtres d'eau », qui dispensent une brise fraîche en été et de la buée en hiver, un « must » pour le microclimat eschois. Du moins, cette fois, la transparence a été respectée et l'idée d'une gentrification forcée du quartier Brill remplacée par celle d'un quartier pour les futur-e-s étudiant-e-s de la fac de Belval.

Hehler contra Hehler

Darf ein Staat geklaute Daten kaufen, nur um Steuern einzutreiben? Soll ein Staat auf mehrere Hundert Millionen Euro verzichten, weil sich Wohlhabende der Steuerpflicht entziehen können? „Hier muss man sich entscheiden und in eine Richtung macht man sich schmutzig“, lautet die nuancierte Antwort des Ethikers und Juristen Rainer Erlinger in einem Deutschlandfunk-Interview zur CD mit Kundendaten deutscher SteuerhinterzieherInnen bei Schweizer Banken. In Deutschland - und sogar in der Schweiz - finden derzeit spannende Diskussionen über Rechtsstaatlichkeit, Moral, Datenschutz und Güterabwägung statt, doch in Luxemburg gibt es zu diesem Thema nichts als „Pensée unique“. Für die größte linke Tageszeitung handelt es sich um „Hehler-Kultur und „Verletzung des Souveränitätsrechts“, die nationale EU-Kommissarin redet von „quasi auf illegale Weise angeeignetem Gut“ und sogar der Moralthologe Erny Gillen kann nur die eine Seite der Medaille erkennen: „Es ist ein gefährlicher Weg. Die Rechtsstaatlichkeit wird ausgehöhlt.“ Gemeint ist natürlich jedesmal der Kauf der CD, und nicht etwa der Steuerklau, an dem auch Luxemburg sich beteiligt und mitverdient. Dafür findet man konstruktive Vorschläge an die deutschen Nachbarn, zum Beispiel den eines Surfers auf wort.lu: „Sollen Steieren eroofsetzen datt keen muss Steieren hannerzeien.“

AKTUELL

ARMUT

Gegensteuern

Christiane Walerich

Die Armut nimmt zu - europaweit. Vor allem die nächsten Generationen werden es schwieriger haben. Das diesjährige „Europäische Jahr der Bekämpfung der Armut“ will Anregungen zum Kurswechsel geben.

„In der EU leben 84 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, das sind rund 17 Prozent“, stellt Ernst Moutchen, Direktor der Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg, zur Eröffnung der Kampagne „Europäisches Jahr der Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung“ fest. Seit 1983 existiert das Konzept des Europäischen Jahres, dessen Ziel es ist, die öffentliche Aufmerksamkeit für das Problem der Armut wachzuhalten und Best-practice-Beispiele zwischen den Regierungen auszutauschen. Die gegenwärtige Krise habe das Problem der Armut noch akuter werden lassen. „Acht Prozent der Europäer gehören zu den sogenannten working poor“, so Moutchen. Am dramatischsten sei jedoch die Situation für die Kinder: rund 20 Prozent der Kinder seien von Armut bedroht. Um dem entgegenzuwirken, wurden 2010 auf EU-Ebene rund 17 Millionen Euro für das „Europäische Jahr der Bekämpfung der Armut“ zur Verfügung gestellt; eine „Commission de supervision“ wacht darüber, dass die Sensibilisierungskampagnen auch national umgesetzt werden.

In Luxemburg lag die Armutsschwelle, die in Relation zum - dank der Einkommen im Bankensektor - recht hohen nationalen Medianeinkommen festgesetzt wird, 2008 bei 1.546 Euro für eine Person und 3.246 Euro für zwei Erwachsene mit zwei Kindern. Zum Vergleich: In Belgien betragen die entsprechenden Zahlen 899 bzw. 1.888 Euro. „Dieses Jahr haben wird das Gesetz zur Reform der die aide sociale verabschiedet. Hier ist erstmals ein Rechtsanspruch auf Hilfeleistungen festgesetzt worden“, so die Familienministerin Marie-Josée Jacobs anlässlich der Vorstellung der nationalen Aktionen. Für die Aktionsprogramme in Luxemburg sind das Familienministerium und diverse Organisationen der Zivilgesellschaft zuständig. Geplant sind Aktionen in mehreren Bereichen: Die Entstehung von Armutstraditionen in Familien und die sie begleitende Vererbung von materieller Abhängigkeit sollen mit Projekten im Schulbereich bekämpft

werden. Verantwortlich hierfür ist die Caritas, die sich auf einer Fachkonferenz mit dem Titel „Kinderarmut und Bildung“ an Eltern, Betreuer und Erzieher wendet und so das Verständnis für diesen Zusammenhang vertiefen will. Geplant ist auch eine Werkstatt für Kinder und die Herstellung von pädagogischem Material zum Thema. Auch die Integration von Schulabrechern und RMG-Empfängern auf dem Arbeitsmarkt soll gefördert werden. Ein weiterer Schwerpunkt sind Aktionen gegen die Ausgrenzung im Wohnungsbereich. Hier besteht die Absicht, das Konzept der „Agence Immobilière sociale“ (AIS) weiter zu unterstützen. „Wir konnten seit September 2009 rund 65 Menschen, darunter 36 Kindern, ein neues Zuhause bieten“, teilt Gilles Hempel von der AIS mit. „Wir wollen den Bekanntheitsgrad der Agence erhöhen und Wohnungsbesitzer auf die Vorteile - z.B. das risikofreie Mietverhältnis - aufmerksam machen“, so Hempel. Der letzte Punkt des Aktionsplans besteht in einer Verbesserung des Zugangs zu den Sozialdiensten. Hier kommt wiederum eine katholische Organisation zum Zuge, die „Anne asbl“, ein Werk der Kongregation der Schwestern der Heiligen Elisabeth. Sie will eine regionale Plattform „Resonord“ für Sozialplanung, der 14 Gemeinden im Kanton Clervaux und Vianden angehören, auf die Beine zu stellen. „Ziel ist, an zentraler Stelle Infos zu Sozialleistungen an Professionelle der sozialen Dienste, der Altersheime oder maisons relais weiterzugeben“, erläutert Thierry Lutgen, Direktor der „Anne asbl“.

Diese Aktionen kosten rund 157.640 Euro; 60.000 Euro übernimmt der Staat, rund 34.000 Euro steuern einzelne Träger bei, und der Rest kommt von der EU. Ob die Maßnahmen als sinnvoll einzuschätzen sind, hängt vor allem davon ab, ob sie die Bedürftigen wirklich erreichen und ob auch nach 2010 noch eine Wirkung festzustellen ist.